

Rede zur Ratssitzung am 7. November 2013 zum Haushalt 2014

Liebe Gäste dieser Ratssitzung,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
Herr Oberbürgermeister,

Ich bin sehr erstaunt über die große Einheit aller Fraktionen im Rat über den angeblich ach so tollen Haushaltsentwurf 2014, über den alle bisherigen Redner fast ins Schwärmen gerieten...

SOLINGEN AKTIV dagegen wird auch in diesem Jahr den Haushalt für das Jahr 2014 aus grundsätzlichen Erwägungen sowie ihrer konkreten Folgen ablehnen. Warum?

Herr Weeke, Sie haben die Haushaltssanierung sogar hochgelobt als "*eine Erfolgsgeschichte, die sich sehen lässt.*"

Aber woran messen Sie diesen Erfolg?

Allein daran, dass die strikten Sparvorgaben der Bezirksregierung bisher weitgehend eingehalten werden konnten und dass diese dafür den Haushaltssanierungsplan 2013 genehmigt hat!

Wir haben einen anderen Maßstab: Denn der Maßstab eines tatsächlichen Erfolgs aus Sicht der normalen Bürger muss doch ein ganz anderer sein:

Erleichtert und verbessert dieser Haushalt das Leben für die Masse der einfachen Menschen in unserer Stadt im nächsten Jahr, oder aber verschlechtert er das?

Daran gemessen ist auch der Haushalt 2014 weitgehend eine **Misserfolgsgeschichte**:

Denn Haushalt akzeptiert und organisiert weiterhin eine gewaltige **Umverteilung von unten nach oben** mit der Abwälzung der Krisenlasten aus der Weltwirtschaft- und Weltfinanzkrise auf die Kommunen:

Dieser Haushalt beruht auf unberechenbaren Zuweisungen von Bund und Land NRW an die Kommunen und der Ungewissheit über die künftige Höhe bzw. voraussichtliche Verringerung der Schlüsselzuweisungen.

Er folgt dem mühsamen Versuch, weitere Verstöße von Bund und Land gegen das **Konnexitätsprinzip** aufzufangen - wie

- die Folgekosten für die Inklusion;
- die wachsenden Kosten für zunehmenden Flüchtlinge, die wesentlich Kommunen zu tragen haben;
- der Ungewissheit über die Übernahme der Kosten für die Eingliederungshilfe für Behinderte durch den Bund.

Herr Fritsche, Sie haben in ihrem Bericht zur Revision die 26 Millionen Euro pro Jahr genannt, die die Stadt seit Jahren aufgrund von Verstößen gegen das Konnexitätsprinzip aufzubringen hat. Das ist ein wichtiger Aspekt des Haushalts, auch wenn ich daraus andere Schlüsse ziehen als Sie.

Zugleich steigen aber **Ausgaben vor allem im sozialen Bereich:**

So ist für die Grundsicherung nach SGB II – also v.a. für „Hartz IV“ - eine Steigerung der Kosten von 25 Millionen im Jahr 2013 auf 29,6 im Jahr 2014 und 31,1 im Jahr 2017 geplant. Darin enthalten sind pro Jahr je 570 000 € allein für sogenannte „Aufstocker“¹: 2 451 Solingerinnen und Solinger sind beschäftigt, können von ihrem Lohn aber nicht menschenwürdig leben. Kommunale Gelder werden damit missbraucht als Lohnsubventionen für Firmen, die aufgrund der Hartz- Gesetze mit Niedriglöhnen gute Profite machen.

Das widerlegt auch eindrücklich das von Ihnen, Herr Welzel, erneut vorgebrachte Märchen, wenn es der Wirtschaft gut gehe, gehe es auch den Kommunen gut. Es ist eben nicht so! Die Gewinne der Wirtschaft gehen auf Kosten der Kommunen!

Darum bekämpfen wir auch die Hartz-Gesetze - bei gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfen gegen Leiharbeit, gegen Niedriglöhne, für einen gesetzlichen Mindestlohn über der Armutsgrenze – also über den jetzt diskutierten 8.50 € - so wie bei der Montagsdemonstration.

Es ist zu begrüßen, dass der Bund künftig schrittweise einen größeren Teil der sozialen Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung übernimmt. Wenn dennoch die Kosten für Soziales künftig zirka 40 Prozent unseres Haushalts ausmachen, so ist das Ausdruck einer **zunehmenden sozialen Krise unserer kapitalistischen Gesellschaft**, die einen gesamtgesellschaftlichen Kurswechsel zwingend nötig macht.

Der zweite große Brocken der Umverteilung von unten nach oben ist die Rückzahlung der **Schulden an die Banken und Sparkassen** von inzwischen **916 Millionen €**² - davon fast 500 Millionen € Kassenkredite sowie 155 Millionen € Investitionskredite. Dafür stehen derzeit insgesamt ca. **18 Millionen € Zinszahlungen für 2014** im Haushalt.

Wenn mit den HSP-Maßnahmen 2014 fast 15 Mio. € "eingespart" werden sollen, so bedienen wir mit diesen kommunalen Einschnitten also lediglich die Zinsen an die Banken, ohne auch nur ansatzweise von den Schulden runter zu kommen!

Das **Zinsniveau** ist ein weiteres Risiko - auch wenn die heutige erneute Zinssenkung durch die EZB natürlich ein gutes Zeichen zumindest für die Kommunen ist. Aber eine Verdoppelung des derzeit sehr niederen Niveaus kann zu Mehrausgaben von ca. 10 Millionen € pro Jahr führen.

Und wenn die deutschen und internationalen Finanzinstitute aufgrund der Eurokrise verschuldeten Kommunen Darlehn entweder nur noch mit hohen Risikoaufschlägen oder gar nicht mehr geben - wie letztes Jahr erstmals geschehen, dann droht sogar die Versorgung der Stadt mit flüssigen Mitteln zu scheitern!

Die zwangsläufige Kehrseite dieser Politik des organisierten Ausblutens der Kommune ist die im Haushalt festgeschriebene **Verschlechterung der Lebensbedingungen in unserer Stadt für die Masse der Bevölkerung:**

Die mit den letzten HSK- bzw. HSP-Maßnahmen bewusst organisierte **Überlastung des städtischen Personals mit Personaleinsparungen von 100 Stellen und damit 5,5 Mio. Euro** muss sofort gestoppt und teilweise wieder rückgängig gemacht werden.

Natürlich unterstützen wir die zusätzlich beantragten Mittel von 50.000 € für externe psychologische Beratungsdienste für das städtische Personal. Doch damit kann

¹Antwort der Verwaltung vom 2.7.2013 auf eine Anfrage im Sozialausschuss

² Nach Statistisches Landesamt IT NRW, zit. in www.steuerzahler-nrw.de

das Problem in keinsten Weise gelöst werden. Es zeigt vielmehr, wohin das absurde Sparen führt: nämlich zu neuen Ausgaben, um diesen Mangel zu verwalten.

Wir begrüßen daher umso mehr den aktiven Protest der städtischen Erzieherinnen, die völlig zu Recht um mindestens sechs zusätzliche Springerstellen kämpfen, aber bisher von der Verwaltung nur hingehalten wurden. Der Antrag der „Gestaltungsmehrheit“ greift diese Forderung auf. Das begrüßen wir. Aber diese Stellen sind schon jetzt überfällig - sie müssen sofort geschaffen werden! Und zur Rede der SPD möchte ich anmerken: Diese Stellen haben nicht Sie und die Gestaltungsmehrheit erkämpft, sondern sie gehen auf den langen und engagierten Protest der städtischen Erzieher/innen und Eltern zurück - die mehrfach in den Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses protestierten....

Zur Finanzierung weiterer städtischer Personalstellen haben wir eine Erhöhung der Maßnahme 015 von 421 900 auf 500 000 pro Jahr gefordert. Damit sollen bei hoch bezahlten Stellen noch ca. 80 000 mehr eingespart werden, als vorgesehen, entsprechend von 2 Richtlinien:

1. Jede städtische GmbH wird nur von 1 Geschäftsführer geleitet.
2. Auf höherer Leitungsebene sollen vorbehaltlos Höhereinstufungen überprüft und verhindert werden.

Zu weiteren Verschlechterungen:

Weitere Einsparungen von 200.000 € **im öffentlichen Personennahverkehr** sind inzwischen fest im Haushalt eingeplant. Wir lehnen diese Einsparungen ab, auch wenn wir anerkennen, dass die Stadt sich bei der Umsetzung dieser ein Sparmaßnahme gemeinsam mit den Nutzern um kreative Lösungen mit teilweisen Verbesserungen bemüht hat. Auch umweltpolitisch bräuchte es einen erheblichen Ausbau des ÖPNV. Beim ÖPNV muss daher ausgebaut, nicht eingespart werden!

Der **strukturelle Abbau an Sport- und Freizeiteinrichtungen** vor allem für die Jugend durch die HSP-Maßnahmen in den letzten Jahren wird in diesem Haushalt weiter fortgeschrieben:

Unwiederbringliche strukturelle Einschnitte wie die Schließung des Stadions am Hermann-Löns-Weg, der zwei Hallenbäder in der Sauerbrey-Straße und der Birkerstr. so wie schon länger zurück liegend dem Freibad im Schellbergtal. Wobei auch die Zukunft des Heidebads noch in den Sternen steht, dessen Schließung von der FPD schon mit diesem Haushalt gefordert wird. Ebenso unverständlich ist die Ablehnung einer gründlichen Sanierung des noch einzigen öffentlichen Hallenbades Vogelsang durch die CDU!

Darüber hinaus wurden die **Gebühren für Sporthallennutzung** erhöht und die Öffnungszeiten bei **Jugend- und Bildungseinrichtungen** verringert.

All diese Dinge haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen jeweils mit einzelnen Anträgen zu verhindern versucht - leider standen wir da alleine gegen den unterwürfigen Spareifer aller anderen Fraktionen.

Wir stellen dagegen diesmal nicht erneut einzelnen Anträge. Doch wir betonen ausdrücklich:

All diese Verschlechterung auf Kosten der Bürger lehnen wir weiterhin grundlegend ab!

Einzelne Zugeständnisse, zum Teil auch Vorschläge von SOLINGEN AKTIV wurden zwar aufgegriffen - so z.B. die 10 000 € mehr für Flüchtlingshilfe.

Auch begrüßen wir die Steigerung der Pauschalen für die oft ehrenamtliche **Arbeit**

der Wohlfahrtsverbände ausdrücklich – ebenso wie den Erhalt der Zuschüsse und Zuwendungen für die Vereine (nach Anlage 23). Umso mehr lehnen wir die Forderung der FDP (vom 4.10. 2013, Drs. Nr. 5000) ab, diese freiwilligen Leistungen an die Vereine und Verbände erneut zu überprüfen mit dem erklärten Ziel einer Senkung.

Überhaupt bin ich vom "Freiheitskampf" der FDP tief beeindruckt: so wenn Herr Müller die Freiheit der Solinger Bürger verteidigt, ab 2015 keine Biotonne zu haben! Das sind wahrlich gewichtige Freiheitskämpfe!

Aber trotz mancher Zugeständnisse: an der Grundrichtung dieses Haushalts hat sich nichts geändert!

Herr Oberbürgermeister,

Sie haben in ihrer Haushaltsrede den Haushalt ganz stolz als ein "**Projekt der Generationengerechtigkeit und Ausdruck einer nachhaltigen vorausschauenden Politik**" gekennzeichnet. Das klingt sehr vorausschauend und verantwortungsbewusst.

Dazu verglichen Sie einen Bruch der von uns Stadträten ultimativ eingeforderten „Haushaltsdisziplin“ mit einem **Jenga-Spiel**:

Mit diesem Trick unterstellen Sie jedem, der ein Steinchen aus dieser Sparpolitik rauszunehmen wagt, dass er den ganzen Turm zum Einsturz bringt auf Kosten aller Solingerinnen und Solinger. Damit behaupten Sie, die „Haushaltsdisziplin“ sei ein solides Konzept, deren Infragestellung aber ein Risiko-Spiel.

In Wirklichkeit ist es gerade andersrum:

Denn es ist der vorgelegte Haushalt, der aufgrund der Unabwägbarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung von äußerster Labilität und Unsicherheit gekennzeichnet ist:

Denn es gibt keine Klarheit und Sicherheit über die kommenden Steuereinnahmen, keine Klarheit über die Entwicklung der Ausgaben im sozialen Bereich, keine Klarheit über die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch über die Gewerbesteuer-einnahmen.

Keine Klarheit gibt es über die Folgen des Investitionsstaus. Auch ist das kommunale Zahlenmaterial dazu äußerst unzuverlässig – was die Fehlkalkulationen beim Stadion Hermann-Löns-Weg oder bei den Renovierungskosten für die Geschwister-Scholl-Gesamtschule zum Ausdruck brachten. Natürlich ist es vollkommen richtig, diese Schule gründlich zu renovieren. Aber dass der Betrag jetzt bei 2 -3 Millionen Euro über der ursprünglichen Kalkulation liegt zeigt doch nur, wohin es führt, wenn Jahrzehnte nicht investiert wird.

Einzelne Zugeständnisse und geringe Verbesserungen im Haushalt lösen das Problem aber nicht. Sie führen lediglich dazu, die völlig unzureichenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu zementieren und sich damit abzufinden.

Diese **Logik des sachlichen und inhaltlichen Minimalismus** lehnen wir ab. Denn der gesellschaftliche Reichtum ermöglicht heute ohne Weiteres, **inhaltlich das Maximum für die einfachen Leute!**

Ein solches Denken setzt aber voraus, dass wir uns frei machen von der Zwangsjacke der angeblich alternativlosen Sachzwänge in dieser kapitalistischen Gesellschaft.

Herr Welzel, sie haben in ihrer Haushaltsrede auch mich angesprochen wegen meines "völlig anderen Gesellschaftskonzepts", das in dem Plakat der MLPD "Kapitalis-

muskritik - das Original" zum Ausdruck kommt. Das angesprochene Plakat ist ja nicht von Solingen AKTIV, sondern von der MLPD, aber sie haben völlig recht, dass ich der Meinung bin, dass wir einen grundlegend anderen Ansatz verfolgen und der Meinung sind, dass die Kapitalismuskritik einen festen Platz in der Kommunalpolitik haben muss!

Warum sollten wir als selbstverständlich akzeptieren, dass weiterhin die herrschenden Kreise dieser Gesellschaft das **Maximum** bekommen sollen - so wie die angeblich unvermeidlichen Rückzahlung aller Tilgungen und Zinsen an die Banken und Sparkassen, so wie die horrenden Gehälter auch unsere örtlichen Sparkassendirektoren wie für Herrn Grunwald mit 340.000 € oder Herrn Kartenbach mit 301.000 € - dreimal so viel wie der OB und weit mehr als die Kanzlerin?

Zur Perspektive dieses Haushalts 2014 müssen wir ganz nüchtern sagen:

Es ist völlig aussichtslos, der aufgezwungenen Schuldenfalle durch noch so eiserne Sparen entrinnen zu wollen! Selbst wenn das wie gewünscht verlief, würde die Stadt frühestens Anfang der Zwanzigerjahre mit Schuldentilgen anfangen können. Und Sie, Herr Feith, haben selbst eingeräumt: *„Am Ende des Planungszeitraums 2027 ist noch ein Bestand an Liquiditätskrediten... von rund 345 Million Euro vorhanden. Den müssen wir dann in den kommenden Jahren, wohl Jahrzehnten abtragen.“*

Und Sie, Herr Weeke, haben selbst weitere **„ganz erhebliche Risiken“** auf diesem Weg eingeräumt:

So sagten Sie: *„Sollte es in den nächsten Jahren allerdings zu einer deutlichen Eintrübung der **gesamtwirtschaftlichen Situation** kommen, fällt das gesamte System des Stärkungspaktes in sich zusammen.“* - Zitat Ende - Und damit auch der Haushalt 2014!

Zumindest von der Möglichkeit einer solchen Vertiefung der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise müssen wir aber nüchtern ausgehen.

Herr Welzel, Sie haben bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung von der Möglichkeit einer "Delle" gesprochen. Das ist doch sehr verharmlosend. Wenn ich mir die wirtschaftlichen Rahmendaten bezüglich der Industrieproduktion, dem Export, dem Welthandel usw. ansehe, dann muss ich eher von einem kommenden erneuten Einbruch ausgehen.

Jahrzehnte buckeln und nicht wesentlich vorangekommen, während sich die Banken und Sparkassen daran eine goldene Nase verdienen, auf diesen Weg wollen und dürfen wir als Räte die Solingerinnen und Solinger nicht locken. Es ist der falsche Weg - gerade auch in Bezug auf Ihre viel beschworene Verantwortung für die zukünftige Generation.

Das ist der Hintergrund für unseren **„Prüfauftrag zu den Haushaltsberatungen“**, gemeinsam mit anderen betroffenen Kommunen ein Zinsmoratorium und einen Schuldenerlass für Kommunen durchzukämpfen, sowie eine Altschuldenregelung durch das Land NRW. Nur mit einem solchen radikalen Schnitt ist die kommunale Finanznot zu bekämpfen und kann die Stadt einen Neuanfang machen. Alles andere streut den Solinger Bürgern Sand in die Augen.

Den Kommunen werden Lasten auferlegt, deren Finanzierung ihnen gleichzeitig verunmöglicht wird. Die Reste der kommunalen Selbstverwaltung werden liquidiert.

Tiefe politische, finanzielle und soziale Krisen wie in Griechenland zeigen auf, dass mit Kaputtsparen ganze Länder ruiniert werden. Das sollte uns eine Lehre auch für

die Kommunalpolitik sein.

Hoffnungen und Appelle reichen nicht aus. Gemeinsamer Widerstand ist nötig.

Einen **Zins- und Schuldenschnitt** für die Kommunen fordern wir schon lange – und wurden ebenso lange deshalb verlacht. Uns wurde mangelnde Seriosität und Träumerei vorgeworfen.

Doch inzwischen sind diese Forderungen in aller Munde: Die Landesregierung Brandenburg erwägt einen Schuldenerlass des Landes für kreisfreie Städte³. Der Chef des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, forderte die Bundesregierung dazu auf, die Kommunen um 14 Milliarden € zu entlasten!⁴

Leider ist es sowohl von der Verwaltung als auch vom Rat in letzter Zeit sehr still geworden um grundlegende Forderungen in dieser Richtung, die vor einiger Zeit zumindest noch ab und zu eingebracht wurden. Ich erinnere an die Aktion, als der letzte OB gemeinsam mit anderen Oberbürgermeistern zu einer "Bettelaktion" nach Berlin ging. Ich erinnere an das Bündnis von Städten an Rhein und Ruhr gegen die Verschuldung der Kommunen usw.

Sie alle rühmen sich, im Gegensatz zu uns eine "seriöse" Haushaltspolitik zu machen.

Doch was soll daran seriös sein, wenn man vor diesen übergreifenden gesellschaftlichen Fragen den Kopf in den Sand steckt, in der Hoffnung, das alles irgendwie schon gut gehen könnte?

Was soll daran seriös sein, einen Haushaltsplan über viele Jahre aufzustellen, von dem man jetzt schon weiß, an wie vielen Stellen er wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen wird?

Was soll daran seriös sein, sich auf Verschiebungen und kleine Verbesserungen zu reduzieren, die aber das Problem nicht lösen?

Was soll daran seriös sein, wenn jetzt von der Landesregierung die wohlhabenderen und ärmeren Kommunen gegeneinander ausgespielt werden um die Verteilung des kleineren Kuchens, statt dass sie gemeinsam Wege aus der kommunalen Finanzkrise gehen?

Und was soll daran seriös sein, jeden als unseriös und verantwortungslos zu beschimpfen, der diese übergreifenden Fragen und Forderungen aufstellt und der die Finger in die offenen Wunden legt? Offenkundig soll damit jede Kritik an dieser unseriösen Haushaltspolitik erstickt und alle unter das Diktat der angeblichen Sachzwänge dieser kapitalistischen Gesellschaft gezwängt werden.

Es ist doch auffällig, dass sich niemand inhaltlich mit den Anträgen von SOLINGEN AKTIV auseinandersetzt und die Forderungen zu entkräften versucht – wahrscheinlich, weil sie inhaltlich stichhaltig sind! Stattdessen wird die antikommunistische Keule ausgepackt, so wie bei der letzten Ratssitzungen.

Dazu passt die treffende Aussage des fortschrittlichen Dichters Heinrich Mann:

Der Antikommunismus *„ist niemals etwas anderes gewesen, als die billige Ausrede, um jede Verbesserung der menschlichen Lage in Verruf zu bringen.“*

Lassen Sie mich noch auf einige **konkrete Politikfelder** eingehen:

Herr Feith und Herr Weeke, Sie beide betonten in ihren Haushaltsreden die zwingende Notwendigkeit einer "gesunden Ertragskraft" durch die **Stadtwerke** als

³ www.pnn.de/brandenburg-berlin/609881

⁴ Rheinische Post 14.8.2013

Kern der BSG. Davon wäre die Haushaltssanierung abhängig. Damit räumt Sie zwar erfreulicherweise die ökonomisch wertvolle Seite der Rekommunalisierung der Stadtwerke ein, was Sie jahrelang entgegen vielen Forderungen bestritten haben.

Gleichzeitig reduzieren Sie aber die Rolle der Stadtwerke einseitig auf die Frage ihrer Ertragskraft. Das grenzt zugleich wesentliche Aspekte der Stadtwerke für die Solinger Bürger aus: Versorgungsqualität, stabile Preise, gut bezahlte Arbeitsplätze, umweltgerechte wohnortnahe Energieversorgung und Nahverkehr... Damit lassen Sie alle Türen offen zum Beispiel für Gebührenerhöhungen bei Strom, Gas oder ÖPNV bei gleichzeitiger Reduzierung des Angebots, Personaleinsparungen, weitere Verwendung fossiler Energie statt regenerativer Energie usw. . Dafür haben wir sie nicht wieder in kommunale Hand genommen! Denn wir wollen zugleich einen ökologisch sinnvollen nachhaltigen Umbau zu wohnortnaher und erneuerbarer Energie, eine gute Versorgungsqualität, stabile Preise. Demgegenüber will ein „strategischer Partner“ für die Stadtwerke, den die CDU immer noch herbei sehnt, vor allem Geld aus den Stadtwerken herausziehen.

Die **Investitionspauschale** von ca. 4 Millionen für die nächsten Jahre entspricht absolut nicht den Notwendigkeiten. Besonders bedauerlich ist der weitgehende Verzicht auf die in den letzten Jahren geplante ökologische Gebäudesanierung der Schulen.

Wenn jetzt bestimmt wieder gebetsmühlenartige von einigen hier im Saal der Einwand kommt, SOLINGEN AKTIV würde ganz unseriös ohne Sachverstand nur mehr fordern, ohne zu sagen, wo das Geld herkommen soll, dann kann ich Sie erneut beruhigen:

Denn wir haben Anträge gestellt, die vor allem die Einnahmeseite der Kommune verbessern auf Kosten der Superverdienenden, der Banken und der großen Industriebetriebe. Daran sehen Sie: man kann auch eine andere Konsolidierungspolitik machen!

Unsere Kernforderung eines **kommunalem Schuldenschnitts** und einer **Gemeindefinanzreform** habe ich schon erläutert.

Doch wir haben noch folgende **weitere Anträge** eingebracht, mit denen **bis zum Jahr 2019 ca.16 Millionen € aufgebracht** werden könnten:

Erstens fordern wir einen **höheren Kindergartenbeitrag** für Eltern mit einem Verdienst über 71 000 € im Jahr. Das könnte ca. 30 000 € pro Jahr einbringen (s. Antrag auf neue Maßnahme 05).

Zweitens fordern wir eine zusätzliche Einsparung in Höhe von knapp 80 000 € bei Geschäftsführern und hohen Gehältern (siehe Änderungsantrag zu M 015).

Drittens können und sollen unseres Erachtens die enorm hohen **Kosten für die politische Steuerung** um 432 000 € pro Jahr gesenkt werden, statt wie geplant nur um 135 000 (siehe Änderungsantrag zu M 265). Zur Klarstellung an Herrn Krause: von einer Senkung "auf Null", die Sie uns unterstellten, ist nirgendwo die Rede. Wir halten es nur nicht für angemessen, dass insgesamt 620 000 € für die Arbeit von Rat und Fraktionen ausgegeben werden, für eine Arbeit, die ein Ehrenamt sein muss. Natürlich soll jedes Ratsmitglied und jede Fraktion mit Büros und allem anderen Notwendigen arbeitsfähig sein - aber auch nicht mehr. Entgegen den öffentlichen Bekundungen sind die Ausgaben für „Rat, Ausschüsse und Ratsfraktionen“ (Kostenstelle 110401) von 1,62 Millionen im Jahr 2012 auf 1,75 im Jahr 2013 gestiegen und sollen ab 2014 wieder auf einen Niveau von 1,6 Millionen € zurück. Eine spürbare Ersparnis sieht anders aus. Der Rat kann nicht „Sparen ohne Tabus“ auf Kosten der Bürger beschließen, sich aber selbst vor allem bei den

großen Fraktionen schadlos halten.

Viertens beantragen wir wie im vergangenen Jahr einen höheren Konsolidierungsbeitrag der Stadtsparkasse Solingen in Höhe von ca. 50 Prozent ihrer Gewinne. Das wären spätestens ab 2015 2 Millionen Zuschuss zur Stadtkasse, statt der geplanten 1,5 Millionen. Bei den guten Gewinnen und Vorstandsgehältern dürften diese 500 000 € mehr kein Problem sein.

Fünftens und letztens beantragen wir eine **schrittweise Erhöhung der Gewerbesteuer** von derzeit 475 auf 490 Hebesatzpunkte bis zum Jahr 2019 (s. Änderungsantrag zu Maßnahme 054 - alt). Daraus ergäben sich Mehreinnahmen bis zum Jahr 2019 von 10,58 Millionen Euro! Kleine Gewerbebetriebe wie Einzelunternehmen und Personengesellschaften - zum Beispiel der Handwerksbäcker im eigenen Betrieb - sind davon nur wenig betroffen. Denn sie können diese Steuer zum allergrößten Teil wieder auf die Einkommensteuer anrechnen. Und Kapitalgesellschaften, die durch die Gewerbesteuer belastet werden, wurden schon 2009 durch die drastische Senkung der Körperschaftssteuer deutlich entlastet.

Es ist nicht erkennbar, dass ein geringerer Satz bisher den Wirtschaftsstandort Solingen stärken konnte - ebenso wenig, dass die letzten Anhebungen zu erheblichen Abwanderungen und Einbrüchen der Gewerbesteuer geführt hat. Wenn naheliegende Städte im Umkreis ihre Gewerbesteuern aus Konkurrenzgründen senken, muss dies kritisch kommentiert werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass auch diese Städte die Gewerbesteuer schrittweise erhöhen werden, so dass die hier vorgeschlagene schrittweise Erhöhung in Solingen keine Abwanderungen bewirken wird.

Liebe Gäste,

sehr verehrte Ratsmitglieder,

Sie sehen, es gibt Alternativen zu dem angeblich „unumkehrbaren“ und alternativlosen Weg der Haushaltssanierung! Aber uns ist sehr bewusst, dass er leider nicht aus diesem Rat heraus beschränkt wird. Zum einen, weil Verwaltung und Rat nur begrenzte Spielräume haben. Zum anderen aber auch, weil die vorhandenen Spielräume auch oft mit der vernebelnden Brille der kapitalistischen „Sachzwänge“ nicht gesehen und genutzt werden, sondern vor ihnen kapituliert wird.

Umso mehr ist es notwendig, dass die Solingerinnen und Solinger selbst für eine solche andere Politik aktiv werden! Nur wo für solche Veränderungen möglichst breit und gemeinsam ohne Scheuklappen gekämpft wird, sind Verbesserungen möglich.

Das bewies der erfolgreiche Kampf der Elterninitiative zum Erhalt der Schule Ketzberg oder verschiedener gesellschaftlicher Kräfte zur Rekommunalisierung der Stadtwerke. Noch begrüßen wir Initiativen wie zum „Bürgerhaushalt“, der im letzten Jahr ihre wichtige Anregung von Seiten der Bürger brachte. Nur so sind schrittweise Erfolge auf dem Weg gesamtgesellschaftlicher Veränderungen möglich.

SOLINGEN AKTIV hat sich vor nunmehr genau 10 Jahren gegründet, um genau diese Kämpfe von unten zu unterstützen und für sie ein Sprachrohr im Rat zu sein.

Verstärken wir den Protest gegen das Ausbluten der Kommunen!